Antwort der Partei „Die Linke“, Landesverband NRW
per Mail am 25. April 2012 eingegangen

Schule und Wirtschaft

Die Vermittlung einer positiven Grundhaltung zum Thema Unternehmertum und Existenzgründung hat an den Schulen in NRW leider immer noch keinen eigenen, festen Platz in den Lehrplänen. **Was werden Sie tun, um Schülerinnen und Schülern zukünftig einen differenzierteren Überblick über das Thema Unternehmertum zu geben? Werden Sie ein Schulfach Wirtschaft in die Lehrpläne aufnehmen?**

Aufgabe der Schule ist es, die Schülerinnen und Schüler zu kritischen Erwachsenen zu erziehen, die Sachverhalte hinterfragen und sich eine eigene Meinung bilden. In der LINKEN wird Weiterentwicklung des Rahmenstoffplans diskutiert. Dazu gehören auch Elemente der polytechnischen Ausbildung.

Schulen sind über die Jahrzehnte zu komplexen mittelständischen Unternehmen geworden. **Was werden Sie tun, um den Schulen selber mehr Verantwortung für Budgets und Personalführung zu geben? Werden Sie die Vergleichbarkeit von Schulen in allen Bereichen (Lehrerstruktur, Abschlussnoten, Krankenstände) transparenter gestalten?**

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Lehrerräte zum Ausgleich der erweiterten Kompetenzen der Schulleitungen in ihren Rechten gestärkt werden. Schulleitungen sollen mehr Leitungszeit erhalten, damit die Schulleitung professioneller arbeitet. Guter Unterricht kann nicht erprüft werden, Schulen müssen sich auf ihre Kernaufgabe – den Unterricht – konzentrieren.

Steuersystem

Das deutsche Steuersystem ist extrem komplex und nahezu nicht mehr zu durchschauen. **Was werden Sie unternehmen, damit sich Bund, Länder und Kommunen auf eine grundlegende Reform unseres Steuersystems einigen?**

Schuldenabbau

Fast alle Gebietskörperschaften leisten sich immer noch Ausgaben durch die Aufnahme neuer Schulden, für die zukünftige Generation zahlen werden müssen. **Wie werden sie den Schuldenstaat bekämpfen, einen ausgeglichenen Haushalt erreichen und Schulden abbauen? Wann wird NRW konkret den ersten ausgeglichenen Haushalt vorlegen?**

Die Inhalte der beiden vorhergehenden Fragen werden zusammengefasst beantwortet.
Das strukturelle Defizit im Landeshaushalt in Höhe von etwa 5 Milliarden Euro ist nicht das Ergebnis zu hoher Ausgaben, sondern das Ergebnis einer maßlosen Steuersenkungspolitik auf Bundesebene seit 2000 für große Unternehmen und für Reiche. Die Haushaltsschieflage von Kommunen, Ländern und Bund ist das Ergebnis von Einnahmeausfällen. Die zahlreichen Steuerreformen haben in den letzten zehn Jahren Steuerausfälle von rund 335 Milliarden Euro verursacht. Im Durchschnitt fehlen somit über 30 Milliarden Euro pro Jahr. In den nächsten Jahren werden es sogar deutlich über 50 Milliarden Euro sein. Dem Landeshaushalt in Nordrhein Westfalen fehlen deshalb jährlich etwa 5 Milliarden Euro. Ohne diese Steuersenkungen wären in NRW schon heute die Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen.

Die Minderheitsregierung redet in dieser Situation von „tabulosem Sparen". Eine solche Politik geht vor allem zu Lasten der Gering- und Normalverdienenden. Das schadet den Menschen im Lande und führt zu Arbeitslosigkeit, Kaufkraftverlusten und Steuerausfall. Die öffentlichen Haushalte haben kein Ausgabenproblem sondern ein Einnahmenproblem. Stattdessen müssen die Nutznießer der massiven Steuererleichterungen der letzten zehn Jahre gezielt besteuert werden, was sowohl für ausreichende Steuereinnahmen als auch für Steuergerechtigkeit sorgt. Die LINKE steht für eine Finanzpolitik, die den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt. Städte und Gemeinden müssen als unmittelbarer Lebensraum finanziell gestärkt werden. Das Land und die Kommunen benötigen ausreichende Steuereinnahmen. Wir wollen soziale Gerechtigkeit, den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und der Menschen in unserem Lande.

Die LINKE streitet für eine wirksame Besteuerung höchster Einkommen und großer Vermögen damit das Land und die Kommunen finanziell wieder handlungsfähig werden. Zum Umsteuern braucht das Land:

- *eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer*
- *eine sozial gerechte Erbschaftssteuer*
- *einen höheren Spitzensteuersatz*
- *die Rücknahme der Steuergeschenke für die großen Unternehmen (z. B. Wieder-anhebung der Körperschaftssteuer von 15 auf 25 Prozent)*
- *die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer,*
- *die Einführung einer Spekulantensteuer als Sonderabgabe für private Finanzinstitute*
- *eine Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Gemeindewirtschaftssteuer*
- *eine Aufstockung der Stellen für Betriebs-/Konzernprüfer sowie Steuerfahnder*

Bereits die von uns geforderte Einstellung von 500 zusätzlichen Betriebsprüfern und Steuerfahndern in Nordrhein-Westfalen führt zu jährlichen Mehreinnahmen von mindestens 500 Millionen Euro. Eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Millionärssteuer führt zu jährlichen Mehreinnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe. Allein diese zusätzlichen Einnahmen reichen bereits aus um die erforderlichen Investitionen in gesellschaftlich dringliche Belange unseres Gemeinwesens zu finanzieren und um eine dauerhafte Entschuldung der öffentlichen Hand zu erreichen. Das Problem der Verschuldung muss dort angepackt werden, wo es entstanden ist. Auf der Einnahmeseite. Dafür steht DIE LINKE.

Der Stellenwert der Staatsverschuldung ist ideologisch vollkommen überfrachtet. Er gleicht eher einem politischen Glaubenskrieg als einer rational nachvollziehbaren Klärung des Umgangs mit öffentlicher Verschuldung. Der Staat ist weder ein „unproduktiver" Sektor noch „Kostgänger" der Privatwirtschaft. Die Funktion eines vorsorgend handelnden Staates liegt ganz besonders darin, dass er nachteilige wirtschaftliche Entwicklungen durch Eingriffe (z. B. stabilitätspolitische Maßnahmen) ausgleicht bzw. korrigiert.

Staatsverschuldung ist auch nicht wie häufig behauptet, ein Problem der Generationenungerechtigkeit. Die weit verbreitete und wenig reflektierte Auffassung, dass Staatsschulden per se etwas Verwerfliches und Negatives seien, blendet die volkswirtschaftlichen Vorteile kreditfinanzierter Investitionen völlig aus. Denn es werden nicht

nur Schulden sondern exakt in gleicher Höhe auch Vermögen vererbt an die nächste Generation. Den Investitionen in die Zukunft steht auf der anderen Seite der reale Nutzen für die Menschen gegenüber.

Auf diese Weise profitiert die nächste Generation zukünftig von heute kreditfinanzierten Investitionen in öffentliche Infrastruktur, Bildung, ökologische Erneuerung, etc. Eine Generation vererbt der nächsten nicht nur die Schulden, sondern auch die Forderungen, so dass der Blick über die Generationen hinweg keinerlei Ungerechtigkeit zeigt. Das Problem besteht nicht zwischen Alt und Jung sondern zwischen Arm und Reich. Das ist der Kern der Wahrheit der in der öffentlichen Diskussion immer wieder verdrängt wird. DIE LINKE ist für einen aktiv handelnden Staat denn die wirtschaftliche Entwicklung und die Staatsverschuldung stehen in einem unauflösbaren Zusammenhang. Verschuldet sich der Staat, so stehen an anderer Stelle im Wirtschaftskreislauf Einnahmenüberschüsse gegenüber.

Investitionsstandort Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen muss als Investitionsstandort attraktiv bleiben. **Wie wollen Sie erreichen, dass unser Bundesland auch in Angesicht aller ökologischen Anforderungen und bürokratischen Reglementierungen attraktiv für die Ansiedlung neuer Unternehmen und die Realisierung neuer Investitionsvorhaben bleibt?**

Aufgabe des Staates ist es, die Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Daher sind höhere staatliche Ausgaben für eine bessere Bildung und eine moderne öffentliche Infrastruktur die besten Voraussetzungen, damit Unternehmen in NRW investieren. Seit Jahren weist die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu geringe private wie öffentliche Investitionen aus. Dieses Strukturproblem wollen wir durch ein sozial-ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm mit dem Fokus auf die Energiewende lösen. Da sich die Investitionen der Unternehmen an der kaufkräftigen Nachfrage orientieren, ist eine Stärkung der Massenkaufkraft unumgänglich. Die Fortsetzung der bisherigen Strategie der Lohnstagnation im Inneren und der Exportsteigerung nach Außen ist nicht nachhaltig und hat zudem massiv zur Verschärfung der Euro-Krise beigetragen. DIE LINKE NRW sieht kein grundsätzliches Problem einer staatlichen Überreglementierung. Erfahrungen in anderen Bundesländern - wie in Berlin - mit Programmen zum Bürokratieabbau haben gezeigt, dass von Seiten der Wirtschaft kaum konkrete Verbesserungsvorschläge eingebracht wurden. Gleichwohl muss die Verwaltung für das IT- und Internet-Zeitalter fit gemacht werden. Die große Herausforderung besteht darin, Angebote der Verwaltung für Wirtschaft und Bürger auch im Internet abrufbar zu machen. Hierfür bedarf es größerer Anstrengungen und notwendigerweise auch höherer Investitionen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf beschwören alle politischen Richtungen als einen wichtigen Baustein für eine positive wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes. **Wo werden Sie die Schwerpunkte setzten, um unser Land kinder-, eltern- und familienfreundlich zu gestalten?**

Eine verlässliche und gute Kindertagesbetreuung ist aus Sicht der LINKEN die zentrale Voraussetzung, damit Eltern (hier insbesondere Mütter) die Anforderungen aus Beruf und Familie miteinander vereinbaren können. Um den Kita-Besuch unabhängig von der

finanziellen Leistungskraft der Eltern zu gewährleisten, bekräftigt die LINKE in ihrem Wahlprogramm 2012 die Forderung nach einer vollständigen Abschaffung der Kita-Gebühren. Kitas als Orte frühkindlicher Bildung sind wichtig, um insbesondere Kindern aus sozial benachteiligten Familien durch frühe Förderung Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Frühkindliche Bildung bedeutet jedoch keine Orientierung auf Leistung, sondern das Schaffen einer anregungsreichen Umgebung, in der Kinder gemeinsam spielerisch ihre Umwelt erkunden und zusammen aufwachsen können. Kitas sollen die Erziehungsarbeit in Familien sinnvoll ergänzen, keinesfalls jedoch ersetzen. Gegenwärtig fehlen in NRW noch über 100.000 U3-Plätze damit entsprechend dem tatsächlich zu erwartenden Bedarf mindestens für jedes zweite Kind ein Krippenplatz zur Verfügung steht. Die LINKE bekennt sich klar zum Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab dem 1.Geburtstag des Kindes, der am 1.August 2013 in Kraft tritt. Um den Krippenausbau noch vor dem drohenden Scheitern zu retten, fordert die LINKE ein Ausbauprogramm, das gemeinsam von Bund und Ländern getragen wird und sich am tatsächlich zu erwartenden Bedarf orientiert. Damit der U3-Ausbau nicht zu Lasten der Qualität der Betreuung geht, bedarf es qualitativer Mindeststandards wie u.a. verbindliche kindgerechte Fachkraft-Kind-Relationen und maximale Gruppengrößen. Grundlage für die Qualitätsstandards soll ein neues Kita-Gesetz sein, das gemeinsam mit den Betroffenen – also u.a. Eltern(-verbänden), Trägern, Beschäftigtenvertreter sowie Kommunen – erarbeitet wird.

Ziel einer Politik für Familien kann jedoch nicht die marktgängige Familie sein, sondern muss vielmehr sowohl die zeitlichen Erfordernisse der Erwerbswelt als auch von Familien berücksichtigen. Daher tritt die LINKE für die Schaffung von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen ein. Hierzu zählen u.a. flexible Arbeitszeitregelungen, erweiterter Kündigungsschutz für Eltern von Kindern bis zur Vollendung des 6.Lebensjahres sowie ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 10 Euro. Es ist nicht hinnehmbar, dass Kinder durch familiäre Einkommensarmut in ihrer Entwicklung und ihrem gesunden Aufwachsen eingeschränkt werden.

Viele Familien sind gegenwärtig u.a. durch das Fehlen einer Erwerbsarbeit von Armut bedroht und auf soziale Transferleistungen nach SGB II (Hartz IV) angewiesen. Um die negativen sozialen Folgen von (Familien-)Armut abzuwenden und gesellschaftliche Teilhabe insbesondere auch für Kinder zu ermöglichen, müssen die Sanktionen der Jobcenter, die viele Menschen in Existenzängste stürzt, sofort ausgesetzt und die Regelsätze auf ein bedarfsdeckendes Niveau angehoben werden. Da die Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme auf Bundesebene geregelt wird, setzt sich DIE LINKE in NRW für eine entsprechende Bundesratsinitiative ein, um das Hartz-IV-Regime durch eine repressionsfreie soziale Mindestsicherung zu ersetzen.